

Antrag D.01: Stoppt den Krieg – Waffenstillstand sofort! Geiseln freilassen! Antisemitismus und Rassismus ächten!

Laufende Nummer: 618

Antragsteller*in:	Parteivorstand, Oliver Antpöhler-Zwiernik (Rheinland-Pfalz · Nr. 009), Heike Benz (Bayern · Nr. 034), Gunhild Berdal (Hamburg · Nr. 035), Dr. Birke Bull-Bischoff (Sachsen-Anhalt · Nr. 072), Kim Sophie Bohnen (Baden-Württemberg · Nr. 049), Janina Böttger (Sachsen-Anhalt · Nr. 055), Robert Brix (Sachsen-Anhalt · Nr. 541), Ellen Brombacher (Berlin · Nr. 062), Franziska Brychcy (Berlin · Nr. 069), Leandra Dehn (Hamburg · Nr. 087), Lena Edel (Rheinland-Pfalz · Nr. 101), Janis Ehling (Mitglied des Parteivorstandes · Nr. 103), Kerstin Eisenreich (Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes · Nr. 547), Lukas Eitel (Bundesausschuss · Nr. 106), Rim Farha (Kommunistische Plattform · Nr. 116), Finn Luca Frey (Schleswig-Holstein · Nr. 126), Kristian Glaser (Hamburg · Nr. 142), Rebekka Grotjohann (linksjugend ['solid'] · Nr. 154), Angela Gruneberg (Sachsen-Anhalt · Nr. 157), Oleg Gussew (Schleswig-Holstein · Nr. 162), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform · Nr. 191), Inge Höger (Antikapitalistische LINKE · Nr. 197), Katharina Horn (Bayern · Nr. 201), Stephan Jersch (Hamburg · Nr. 209), René Jokisch (Berlin · Nr. 211), Inko Jürrens (Schleswig-Holstein · Nr. 576), Stefanie Kirchner (Bayern · Nr. 229), Ferat Kocak (Berlin · Nr. 235), Eline Kock (Schleswig-Holstein · Nr. 237), Rene König (Schleswig-Holstein · Nr. 207), Marianne Kolter (Schleswig-Holstein · Nr. 241), Steffen Kühne (Berlin · Nr. 260), Antonio Leonhardt (Berlin · Nr. 276), Jan Libbertz (Hamburg · Nr. 281), Jan Lieberum (Nordrhein-Westfalen · Nr. 284), Alexander Luft (Sachsen-Anhalt · Nr. 294), Marc Mattern (Berlin · Nr. 302), Tamara Mazzi (Schleswig-Holstein · Nr. 309), Saskia Mestern (Hamburg · Nr. 316), Marion Morassi (Rheinland-Pfalz · Nr. 324), Martin Neise (Berlin · Nr. 334), Sebastian Neumann (Nordrhein-Westfalen · Nr. 339), Marcus Otto (Berlin · Nr. 353), Luigi Pantisano (Mitglied des Parteivorstandes · Nr. 355), Sebastian Rave (Bremen · Nr. 176), Sabine Ritter (Hamburg · Nr. 382), Kolja Rosemann (Hamburg · Nr. 385), Jan Röttschke (Sachsen-Anhalt · Nr. 388), Jan Rübke (Hamburg · Nr. 389), Bengt Rüstemeier (linksjugend ['solid'] · Nr. 391), Annika Schmidt (Bundesausschuss, Berlin · Nr. 159), Katina Schubert (stellvertretende Parteivorsitzende · Nr. 424), Carsten Schulz (Berlin · Nr. 428), Tobias Schulze (Berlin · Nr. 431), Jens Schwaab (Rheinland-Pfalz · Nr. 435), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik · Nr. 225), weitere
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Dringlichkeitsanträge

1 Stoppt den Krieg – Waffenstillstand sofort! Geiseln freilassen! Antisemitismus

2 **und Rassismus ächten!**

3 Die brutalen Massaker der Hamas vom 7. Oktober in Israel und der daraufhin nun
4 ausgetragene Krieg im Gazastreifen mit all seinen schrecklichen Folgen für die
5 Zivilbevölkerung und den tausenden Toten erschüttern uns zutiefst. Wir sind
6 Augenzeugen unfassbaren Leids. Tausende Menschen wurden und werden brutal aus
dem

7 Leben gerissen. Es braucht unverzüglich einen Waffenstillstand, um das Sterben zu
8 beenden. Die Geiseln müssen sofort freigelassen werden. DIE LINKE spricht allen
9 Opfern und ihren Angehörigen ihr tiefstes Mitgefühl aus.

10 Wir verurteilen die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober. 1.200 Menschen wurden
11 auf entsetzliche Weise ermordet. 242 Geiseln wurden von der Hamas entführt, von
12 denen erst wenige freigelassen wurden. Damit erlebte Israel den schlimmsten
13 Terrorangriff seit seiner Staatsgründung. Ein Anschlag, der das ganze Land und
14 jüdische Menschen weltweit traumatisiert hat. Weltweit steigt die Zahl
15 antisemitischer Vorfälle.

16 Die Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker und den massiven
17 Raketenbeschuss auf Israel war die exzessive Bombardierung des Gaza-Streifens,
18 verbunden mit einer Blockade und gefolgt von einer Bodenoffensive. Durch die
19 Angriffe der israelischen Armee sind mittlerweile mehr als 10.000 Menschen
20 getötet worden, darunter tausende Kinder. Mehr als eine Million Menschen mussten
21 innerhalb des Gazastreifens fliehen. Die israelische Armee bombardiert
22 Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen, Krankenhäuser und andere medizinische
23 Einrichtungen. Bis zum 7. November wurden 10.000 Zivilist*innen getötet. Auch
24 Mitarbeiter*innen der Vereinten Nationen und Journalist*innen zählen zu den
25 Opfern dieses Krieges. Über eine Million Menschen sind in den bereits völlig
26 überfüllten Süden vertrieben worden. Auch Fluchtrouten und Zufluchtsorte wurden
27 bombardiert. Die palästinensische Bevölkerung ist schwer traumatisiert.
28 Die Blockade von Wasser, Strom, Treibstoff, Medikamenten und Lebensmitteln hat
29 katastrophale humanitäre Folgen. Inzwischen können zwar Hilfslieferungen den
30 Grenzübergang Rafah in Ägypten passieren und zumindest den Süden Gazas beliefern,
31 doch reichen diese bei weitem nicht aus, eine Bevölkerung von mehr als 2
32 Millionen zu versorgen. Israel hat das Recht sich zu verteidigen. Doch die
33 Verbrechen der Hamas entbinden Israel nicht seiner völkerrechtlichen
34 Verantwortung. Die Bombardierung ziviler Einrichtungen und das Vorenthalten
35 humanitärer Güter für die Zivilbevölkerung sind ein massiver Bruch der Genfer
36 Konvention und des humanitären Völkerrechts. Dasselbe gilt für das Benutzen
37 ziviler Einrichtungen für militärische Zwecke durch die Hamas, und die
38 Behinderung von Menschen an der Flucht durch die Hamas.

39 Auch in der Westbank und in Israel selbst spitzt sich die Lage zu. Es kommt immer
40 häufiger zu Angriffen extremistischer Siedler*innen auf Palästinenser*innen. Etwa
41 100 Familien wurden seit dem 7. Oktober aus ihren Häusern vertrieben.

42 Die Jahrzehnte der Besatzung in der Westbank, der fortgesetzte Siedlungsbau, die
43 Blockade des Gazastreifens, die Entrechtung und die damit einhergehende
44 Perspektivlosigkeit bilden den Nährboden für radikale und islamistische Gruppen.
45 Die ultrarechte Regierung von Benjamin Netanyahu hat diese Entwicklung befördert.
46 Sie förderte den Bau von Siedlungen und hatte eine vollständige Annexion des
47 Westjordanlandes in Aussicht gestellt, und protegierte die Hamas als Gegner der
48 palästinensischen Autonomiebehörde. Wir betonen: Nichts rechtfertigt die
49 abscheulichen Taten der Hamas. Die Basis für einen nachhaltigen Frieden kann nur
50 ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit aller Menschen in den
51 palästinensischen Gebieten und Israel sein.

52 In Sorge erleben wir, wie in Israel die Repressionen gegen Friedensaktivist*innen

53 zunehmen. Menschen wurden festgenommen, die für ein Ende der Gewalt und Frieden
54 demonstriert haben, darunter der Vorsitzende des Komitees für die arabisch-
55 palästinensische Minderheit in Israel, Mohammed Barakeh, Büros der linken
56 Bewegung Hadash wurden durchsucht, Zusammenkünfte jüdischer und
palästinensischer

57 Aktivist*innen wurden von der Polizei aufgelöst und von ultra-rechten
58 Demonstrant*innen bedroht. Wir verurteilen die Repressionen gegen
59 Friedensaktivist*innen, Protest gegen den Krieg auf die Straße tragen zu können,
60 ist elementarer Bestandteil einer Demokratie.

61 Die Politik der ultrarechten Regierung Israels wird den Sehnsüchten der Menschen
62 nicht gerecht, im Gegenteil. Vielmehr wird diese Politik zu vielen weiteren
63 Opfern führen - und zu noch mehr Hass auf allen Seiten. Je länger er tobt, desto
64 schwieriger wird der Friedensprozess werden.

65 Wer Sicherheit für die Menschen sowohl in Israel, als auch in Palästina will,
66 muss sich für ein Ende der Gewalt aussprechen. Dieser Krieg ist ein Wendepunkt.
67 Wenn es nicht gelingt, einen Waffenstillstand und Verhandlungen durchzusetzen,
68 droht ein Flächenbrand im Nahen Osten. Wenn es nicht gelingt, Gleichberechtigung
69 für alle in Israel und Palästina lebenden Menschen herzustellen, werden die
70 islamistische Hamas und andere reaktionäre Kräfte stets vom Leid der
71 Palästinenser profitieren. Das erklärte Ziel der Hamas ist die Zerstörung Israels
72 und die Errichtung einer islamistischen Diktatur in Palästina. Unterstützt wird
73 sie dabei von dem iranischen Regime und von Katar, das enge wirtschaftliche
74 Beziehungen mit Deutschland pflegt. Diese reaktionären Kräfte vertreten nicht die
75 Interessen der palästinensischen Bevölkerung.

76 Die Stimmen linker und zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigen auf, dass
77 trotz der erlittenen Traumatisierungen ein Eintreten für Frieden und ein Ende der
78 Gewalt möglich ist. Landesweit entstehen jüdisch-palästinensische
79 Nachbarschaftskomitees, die ihren Schmerz miteinander teilen, und sich dem Hass
80 entgegenstellen und gemeinsam zu einem Ende der Gewalt aufrufen.

81 **Wir stehen als LINKE solidarisch an der Seite aller demokratischen Kräfte, die
82 sich für Frieden und ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit für alle
83 einsetzen.**

84 Wir schließen uns der Forderung der UN-Vollversammlung nach einem sofortigen und
85 dauerhaften Waffenstillstand an. Das heißt sowohl ein Ende der Bombardierung
86 durch Israel als auch ein Ende des Raketenbeschusses durch die Hamas. Wir fordern
87 die Freilassung aller Geiseln. Es braucht jetzt Verhandlungen, die auf der
88 Grundlage der Anerkennung einer Zweistaatenlösung beruhen. Wir fordern eine
89 deutliche Verstärkung der humanitären Hilfe für die akute Versorgung der Menschen
90 im Gazastreifen, eine Öffnung der Grenze zu Ägypten und die Schaffung eines
91 humanitären Korridors.

92 In Anbetracht der aktuellen Eskalation halten wir es für falsch, dass sich
93 Bundeskanzler Olaf Scholz im Gegensatz zu Spanien, Irland und anderen EU-Ländern
94 gegen einen Waffenstillstand ausgesprochen hat.

95 Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie sich in der aktuellen Situation für
96 Deeskalation einsetzt und den Weg zu einer friedlichen Lösung aktiv begleitet.
97 Wir lehnen Waffenexporte in Krisenregionen ab, denn mehr Waffen führen nicht zu
98 mehr Sicherheit.

99 Wir fordern die Aufarbeitung und Ahndung aller Verbrechen vor dem Internationalen
100 Strafgerichtshof, wie es der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes,
101 Karim Khan, in seinem Bericht vom 30. Oktober in Aussicht gestellt hat.

102 DIE LINKE steht für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-
103 Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas, ein
104 souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästinas,
105 einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage
106 der UN-Resolutionen. Im gemeinsamen Prozess um die Zukunft der Region müssen
107 Israelis und Palästinenser*innen gleichberechtigt beteiligt sein.

108 Eine Kürzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die
109 palästinensischen Gebiete lehnen wir ab. Diese Mittel dienen in erster Linie
110 dazu, die nötigste Infrastruktur und das notwendigste zum Leben sicherzustellen.
111 Die Vergabe wird geprüft und erfolgt projektbezogen. Eine Streichung würde vor
112 allem die Zivilbevölkerung treffen und nicht die Hamas schwächen.

113 Frieden kann es nur geben, wenn dem Terrorismus der Geldhahn abgedreht wird. Das
114 bedeutet auch die Kooperation mit Ländern, die nachweislich die Hamas finanziell
115 unterstützen auf den Prüfstand zu stellen. Wir sagen: keine dreckigen Deals mit
116 Diktatoren, keine Doppelmoral.

117 **Keinen Fußbreit für Antisemitismus und Rassismus!**

118 Weltweit haben antisemitische Vorfälle zugenommen, auch in Deutschland. Es ist
119 eine Schande, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht mehr sicher
120 fühlen. Wenn jüdische Eltern sich fragen, ob sie ihre Kinder noch zur Schule
121 schicken können und jüdische Sportvereine aus Angst um ihre Mitglieder den
122 Trainingsbetrieb einstellen, dann erfordert das unseren entschiedenen
123 Widerstand.

124 Gleichzeitig erleben wir aktuell eine äußerst problematische Verschiebung des
125 Diskurses. So wird Antisemitismus überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund
126 oder muslimischen Glaubens zugeschrieben und sie werden unter Generalverdacht
127 gestellt. Dabei zeigen Untersuchungen, dass Antisemitismus in Deutschland quer
128 durch alle Gesellschaftsschichten geht und tief in den Milieus verankert ist, die
129 sich als „Mitte der Gesellschaft“ betrachten. Nur so ist zu erklären, dass der
130 Skandal um das antisemitische Flugblatt eines Hubert Aiwanger sogar ein Plus an
131 Wählerstimmen für seine Partei bei der bayerischen Landtagswahl brachte.

132 Zur wirksamen Bekämpfung des Antisemitismus braucht es einen breiten Kanon an
133 Maßnahmen: Von Bildungsarbeit in der Schule, in Freizeiteinrichtungen und
134 Gedenkstätten, über Förderung von Kultur- und Demokratieprojekten sowie
135 interkulturellen und interreligiösen Begegnungsräumen. Jüdisches Leben muss in
136 seiner Vielfalt in Deutschland wieder sichtbar werden. Dass die Bundesregierung
137 in der derzeitigen Haushaltsplanung ausgerechnet die Mittel für
138 Demokratieförderung, Integration, politische Jugendbildung und
139 Freiwilligendienste kürzen will, konterkariert in absurder Weise ihre eigenen
140 Versprechen bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Bildungs- und
141 Aufklärungsarbeit muss alle Gesellschaftsschichten umfassen, um eine Anerkennung
142 und Verständigung auf gemeinsame Werte zu erreichen.

143 Als DIE LINKE setzen wir uns für den Kampf gegen Antisemitismus auf allen Ebenen
144 ein. Das ist eine unabdingbare Pflicht im Land der Täter des Holocaust, der die
145 historische Notwendigkeit für die Gründung des Staats Israels wesentlich mit
146 begründet hat. Im Bundestag und in den Ländern haben wir mit unseren regelmäßigen
147 Anfragen zu antisemitischen Straftaten für mehr Sichtbarkeit des Problems
148 gesorgt, fordern die Aufstockung der Mittel für soziale Arbeit und gegen
149 Diskriminierung. In unserer kommunalen Arbeit setzen wir uns für den Erhalt von
150 soziokulturellen Zentren und Gedenkorten ein, und sind aktiv in
151 antifaschistischen Bündnissen beteiligt.

152 Antisemitismus darf in der Öffentlichkeit keinen Raum bekommen. Wer auf
153 Demonstrationen Hass und Gewalt verbreitet, muss dafür bestraft werden. Als DIE

154 LINKE lehnen wir immer und grundsätzlich Doppelbestrafungen mit dem Mittel des
155 Aufenthaltsrechts oder des Staatsbürgerschaftsrechts ab. Strafbares Verhalten
156 muss mit dem Strafrecht geahndet werden, egal welche Staatsbürgerschaft eine
157 Person hat.

158 Das Massaker an Israelis und die hohe Zahl von zivilen Opfern unter der
159 Bevölkerung in Gaza haben tiefe Betroffenheit überall auf der Welt ausgelöst.
160 Diese Betroffenheit verbindet sich mit der Erfahrung von Unsicherheit,
161 Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit, von Antisemitismus und
162 antimuslimischem Rassismus. Es gibt Verunsicherung, das Gefühl, nicht gesehen,
163 nicht gemeint, von Solidarität ausgeschlossen zu sein.

164 Pauschale Demonstrationsverbote lehnen wir ab, denn die Versammlungsfreiheit ist
165 für eine Demokratie unerlässlich. Jede*r muss hierzulande das Recht haben, sich
166 friedlich für ein Ende des Krieges in Gaza einzusetzen und dafür auch auf die
167 Straße zu gehen.

168 Der Grundsatz, Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens zu
169 diskriminieren, wird gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere
170 mit muslimischem Glauben seit Jahren missachtet. Durch pauschale Verurteilungen
171 breitet sich in dieser Gesellschaft antimuslimischer Rassismus mehr und mehr aus.
172 Antisemitismus ist nicht erst eingewandert, er war schon immer hier. Und es ist
173 daher unser aller Aufgabe, entschieden dagegen vorzugehen. Doch Antisemitismus
174 kann niemals mit Rassismus bekämpft werden.

175 Dies alles heißt für uns, dass wir Aktionen, Demonstrationen, Mahnwachen und
176 Veranstaltungen aktiv unterstützen und selbst initiieren, die sich für ein Ende
177 der Gewalt, einen sofortigen Waffenstillstand, für den Schutz der
178 Zivilbevölkerung und gegen Antisemitismus und Rassismus positionieren. Dabei
179 arbeiten wir mit Bündnispartnern zusammen, die sich klar gegen Antisemitismus,
180 Muslimfeindlichkeit und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen.